



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für  
Pforzheim und den Enzkreis

## „Deutschland ist nur stark, wenn Europa stark ist“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hält Regierungserklärung

Solide Finanzen, Zukunftsinvestitionen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts - das sind die Kernziele der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren. In einer Regierungserklärung stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch dem Bundestag die Projekte der Koalition aus CDU/CSU und SPD vor. Eine große Koalition ist „eine Koalition für große Aufgaben“, sagte Merkel und sprach unter anderem die Energiewende, das Rentenpaket und die Haushaltskonsolidierung an. Ein besonderes Augenmerk legte sie auf Europa: „Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn Europa stark ist.“

Im Hinblick auf Europa warnte die Kanzlerin, dass die Staatsschuldenkrise unter Kontrolle sei, aber noch nicht dauerhaft überwunden. Deshalb müsse man die Gründungsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion überwinden, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bankenunion, die Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Wer ein Risiko eingeht, der haftet auch für die Verluste, und nicht mehr der Steuerzahler.“

Deutschland geht laut Merkel mit seinen soliden Finanzen in Europa mit gutem Beispiel voran. 2015 wolle die Bundesregierung ohne neue Schulden auskommen, betonte sie. Die gute Haushaltslage sei nicht zuletzt der guten Konjunktur geschuldet, die auch einen neuen Rekord an Steuereinnahmen verursacht habe. Angesichts dessen müsse die Politik „zeigen, dass wir mit dem auskommen, was wir einnehmen und keine Steuern erhöhen“.

### **Exportschlager Energiewende**

Als eines der großen Projekte hob die Kanzlerin die Energiewende hervor. Kein Land habe bisher eine vergleichbar radikale Veränderung seiner

Energieversorgung angepackt. „Die Welt schaut mit einer Mischung aus Unverständnis und Neugier darauf, ob und wie uns die Energiewende gelingt.“ Wenn sie aber gelinge, werde sie ein Exportschlager, zeigte Merkel sich sicher. Das Vorhaben der Koalition, die Förderung der erneuerbaren Energien zurückzufahren sei sinnvoll. Die Erneuerbaren hätten mit 25 Prozent Marktanteil inzwischen die Nische verlassen und seien eine tragende Säule des Energiemarktes.

Aus dem geplanten Rentenpaket hob die Kanzlerin besonders die verbesserte Rente für Mütter hervor, die vor 1992 Kinder geboren haben. Diese hätten seinerzeit nicht annähernd so gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehabt wie Frauen heute. Deshalb sei die Mütterrente eine „gerechte Anerkennung“ für die Erziehungsleistungen dieser Frauen.

Merkel bekannte sich zur Beschäftigung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland. „Dennoch: Wir dürfen die Augen vor möglichem Missbrauch nicht verschließen“, warnte sie. Es dürfe nicht zu einer faktischen Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme kommen.

### **Geschichte mahnt.**

Die Woche im Bundestag begann am Montag mit einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. 70 Jahre ist es her, dass die Blockade Leningrads endete. Der 95jährige russische Schriftsteller Daniil Granin schilderte die Leiden der Bevölkerung Leningrads während der zweieinhalbjährigen Belagerung der Stadt durch die deutsche Wehrmacht. Fast 900 Tage Angst, Schrecken, Verzweiflung und Tod. Man kann sich das unmenschliche Leiden heute nicht mehr vorstellen – und doch ist es geschehen. Vergessen wir es nie.

### **Minderheitenrechte im Bundestag**

In der Diskussion über angeblich unzureichende Minderheitenrechte wollen wir der Opposition Möglichkeiten verschaffen, die bisher nicht gewährt wurden – und zwar nicht als Gnadenakt. Die Rechte sollen nach unserer Vorstellung in einem Beschluss des Bundestages festgeschrieben werden, der für diese Wahlperiode gilt. Grüne und Linke gemeinsam könnten Sondersitzungen des Bundestages beantragen, sie hätten besondere Rechte bei der Anhörung von Gesetzentwürfen und sie könnten Untersuchungsausschüsse einsetzen. Wir haben Grünen und Linken schon jetzt zusätzliche Redezeit zur Verfügung gestellt, und wir werden auch ihre finanziellen Mittel um ein Drittel erhöhen.

Ebenso klar ist aber auch, dass mehr Minderheitenmöglichkeiten nicht das Wahlergebnis ins Gegenteil umkehren dürfen. Die Unionsfraktion hat 311 Abgeordnete, und auch diese haben das in der Verfassung verankerte Recht zu reden.

### **Koalitionsvertrag Punkt für Punkt umsetzen.**

Während die Bundestagsopposition sich noch immer schwer damit tut, das Votum der Wähler vom letzten Herbst zu akzeptieren, nehmen Bundesregierung und Koalition Fahrt auf. So entschied der Bundestag in dieser Woche über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr und wählte seine Vertreter in eine Reihe von wichtigen Gremien.

Angela Merkel hat ihr drittes Kabinett in der vergangenen Woche zu einer Auftaktklausur in Meseberg versammelt. Dort wurden nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst.

Dabei wurde auch deutlich, dass wir mit dem Koalitionsvertrag eine gute Arbeitsgrundlage haben. Alles, was dort vereinbart ist, kann umgesetzt werden und wird umgesetzt. Das gilt auch für jene Punkte, die wir bei einer Alleinregierung nicht in unser Programm aufgenommen hätten. Die CDU/CSU ist vertragstreu, wie wir es auch von unserem neuen Koalitionspartner – und natürlich von jedem einzelnen Regierungsmitglied – erwarten. Wahr ist aber auch, dass einige Vorhaben einfacher als andere umzusetzen sind.

Bei der von der SPD eingebrachten abschlagfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren zum Beispiel handelt es sich um eine komplexe Materie. Bis heute konnten noch nicht alle Details geklärt und Fragen beantwortet werden. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir die im Koalitionsvertrag vorgesehene Lösung umsetzen können. An unserem Willen und konstruktiven Mitwirken wird es nicht fehlen.

### **Union legt in Umfragen zu**

Für die CDU/CSU geht es in einer aktuellen Umfrage weiter aufwärts. Nachdem die Union in der Vorwoche auf 41 Prozent kam, steht sie in einer Forsa-Umfrage nun bei 42 Prozent. Damit legt die Union zwei Wochen in Folge zu. Die SPD verharrt bereits seit Anfang des Jahres bei 23 Prozent und damit deutlich unter dem Wahlergebnis vom 22. September. Die FDP fällt von 5 auf 4 Prozent, die Linke von 10 auf 9 Prozent zurück. Die Grünen gewinnen einen Punkt auf 11 Prozent. Die AfD liegt weiter bei 4 Prozent.

Im Duell der wahrscheinlichen Kanzlerkandidaten der nächsten Bundestagswahl liegt Bundeskanzlerin Merkel unverändert weit vor Sigmar Gabriel. Bei einer Direktwahl würden sich nur 16 Prozent für Gabriel entscheiden, 59 Prozent hingegen für Merkel.